

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden Nr. 1208, Raden & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Verkaufsstellen: Ecksche Staatsbank, Dresden, Haupt d. Arbeiter, Knacke, Heiten u. Wenig, H. v. Trosden, Wörthler, Kriebitzsch, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Eilboten hundertfacher Satz, bei Eilboten über oder unterhalb des gewöhnlichen Satzes, bei der Verlegung der Dresdner Volkszeitung keine Anpreisung auf Rückzahlung bei Verzögerung oder auf Forderung der Zeitung

Spezial mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Licht und Schatten“ sowie der wöchentlichen Wochenbeilage „Der Sonntag“ 20 Pf. einwöchentlich 40 Pf. einmonatlich 1,20 Pf. einjährlich 12,00 Pf. einwöchentlich 40 Pf. einmonatlich 1,20 Pf. einjährlich 12,00 Pf. einwöchentlich 40 Pf. einmonatlich 1,20 Pf. einjährlich 12,00 Pf.

Abbestellung: Wochensatz 10, Monatsatz 30, Quartalsatz 90, Halbjahrsatz 180, Jahresatz 360. Die Abbestellung erfolgt durch den Postboten oder durch den Abonnenten selbst. Die Abbestellung erfolgt durch den Postboten oder durch den Abonnenten selbst.

Abbestellung: Wochensatz 10, Monatsatz 30, Quartalsatz 90, Halbjahrsatz 180, Jahresatz 360. Die Abbestellung erfolgt durch den Postboten oder durch den Abonnenten selbst.

Nr. 189

Dresden, Sonnabend, den 13. August 1932

43. Jahrgang

Bomben in Löbtau und Seidnitz

Bombenwerfer sind Motorradfahrer

Bombe gegen KPD-Sekretariat Ein Mann verletzt

In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend gegen 11.30 Uhr wurde die Löbtauer Einwohnerwehr durch eine heftige Detonation aufgeschreckt. Ein zweifellos nationalsozialistischer Motorradfahrer hatte vor dem Sekretariat der Kommunistischen Partei in der Kolumbustrasse eine Bombe geworfen. Das Parteisekretariat befindet sich im Erdgeschoss des Hauses Ecke Werner- und Kolumbustrasse. Der Motorradfahrer fuhr wahrscheinlich von der Meißeldorfer Straße herkommend nach der Wernerstraße, brachte am Eckhaus sein Rad zum Halten und warf die Bombe auf das Sekretariat. Die Bombe verfehlte jedoch ihr Ziel, da der Kuppelkasten an dieser Stelle verhältnismäßig breit ist. Sie fiel etwa einen Meter vor der Hauswand auf die Gangbahn und explodierte mit granatähnlichem Donner. Unmittelbar nach der Explosion konnte man auch aus der Ferne deutlich vernahmen, daß das Motorrad mit Spätzündung in Richtung der inneren Stadt weiterfuhr. Das Kellerfenster und eine Scheibe des Sekretariats wurden vollständig zerstört. Ein 23jähriger Heizer aus der Friedrichstraße, der sich im Moment des Attentats in der Nähe der Weichselbrücke an der Wernerstraße aufhielt, wurde am rechten Oberschenkel erheblich verletzt und mußte dem Stadtkrankenhaus Friedrichstadt zugeführt werden. Ein zweiter in der Nähe befindlicher Passant erlitt einen Nervenschock. Die Stelle, an der die Bombe niederfiel, weist ein etwa 20 Zentimeter weites Loch im Trottoirpflaster auf.

Die Stelle des Verbrechens liegt in einer stillen und fast verkehrsarmen Straße, in der sich um diese Zeit niemand aufhält. Von politischen Zusammenhängen oder Schlingertönen wie ein amtlicher Bericht schamhaft das neue nationalsozialistische Verbrechen verschleierte — kann überhaupt keine Rede sein.

Sofort nach dem Attentat sammelte sich eine große Zahl von Wachen am Tatort. Die erregten Arbeiter Löbtaus kritisierten vor allem den mangelhaften Polizeischutz. Die Notwendigkeit einer stärkeren proletarischen Selbstschutzes wurde in dieser Nacht den Löbtauern besonders klar.

Aus den Spuren der Bombe ist zu schließen, daß es sich wahrscheinlich um ein mit Explosivstoff gefülltes Rohr handelt.

Bombe gegen Volkszeitungskolporteur?

Ein zweiter Bombenanschlag wurde fast um dieselbe Zeit in Seidnitz verübt. Ein Motorradfahrer warf nach dem Grundstück Sorbenstraße 27 einen Sprengkörper. Die Bombe wurde über eine etwa 2 Meter hohe Mauer in den Hof geschleudert und richtete an dem Gebäude schweren Schaden an. Die Fenster Scheiben zertrümmerten, außerdem drangen Splitter durch das Fenster in eine Wohnung, zerstückelten einen Kleiderschrank und zerrissen die darin befindlichen Kleidungsstücke. Nach uns gewordenen Informationen wohnen in dem Gebäude zwei Kommunisten, es kann jedoch auch sein, daß der Bombenwurf für ein in der Nachbarschaft befindliches Gebäude gedacht war, in dem der Kolporteur für die Volkszeitung wohnt.

Es ist festgestellt worden, daß auf dem Motorrad, von dem aus die Bombe geschleudert wurde, zwei Personen saßen, die wahrscheinlich beide ostpreussisch gemein sind. Sie waren mit grauen Jacken bekleidet. Die Bombe muß nach den vorgefundenen Sprengstoffstücken aus einem Gasrohr bestanden haben, das mit einem hochexplosiven Sprengstoff gefüllt war. Sprengstoffstücke haben sogar den Schornstein des Nachbarhauses beschädigt.

Bisher ist über die Täter, die zweifellos nach den Vorgängen im ganzen Reich und nach dem Bombenwurf auf die freitragende Volkshandlung in nationalsozialistischen Kreisen zu suchen sind, nichts bekannt. Wir richten jedoch an die Bevölkerung die Bitte, jede Wahrnehmung, und sei sie zunächst auch noch so einfacher Natur, sofort an das Parteisekretariat der KPD, Dresden, A. Wettinerplatz 10, mitzuteilen, damit jede Spur verfolgt werden kann.

Die verschärften Bestimmungen durch die letzte Rotverordnung über Gefährdung von Menschenleben und Sprengstoffattentate hat mithin — wenigstens für den Dresdner Parteitag — zu einer Veruhigung des öffentlichen und privaten Lebens nicht geführt. Die Attentäter richteten ihre Angriffe nicht nur gegen die Einrichtungen der Arbeiterschaft, sondern wussten nun auch Bomben gegen Personen. Wenn diese Attentatende nicht mit allen Mitteln unterbunden wird, dann ist mit einer allgemeinen Erschütterung des öffentlichen Lebens überhaupt zu rechnen.

(Amtlicher Bericht auf Seite 3)

Heißer Brei Nazi und Sozialisierung?

Magistrat Reventlow für Verstaatlichung von Schwerindustrie und Banken

D. Berlin, 13. August. (Eigener Funf.) Der Magistrate Reventlow, einer der Führer der Partei, die sich ernsthaft mit den brennenden und politischen Fragen beschäftigt, fordert in seinem „Anliegen“ die Verstaatlichung des Bankwesens und der Schwerindustrie. Er betont, die Notwendigkeit einer bis auf den Grund gehenden Neuordnung des sozialen und politischen Zustandes sei jetzt eine brennende, und verlangt die Verstaatlichung der Schwerindustrie und der Banken. „An Augenblick“ — so schreibt der Nazi-Magistrat — „wäre die Verstaatlichung der Schwerindustrie und der Banken die einzige Möglichkeit, die Wirtschaft zu retten.“ Die Verstaatlichung bildet dann eine Wacht in Deutschland, niemand auch nur entfernt aufkommen kann. Die große Aufgabe solcher Einigung müßte den höchsten Interessen des Staatsmannes bilden, wohlwollend einer Person, die jenseit Staatsmann als auch in jedem Sinne deutsch ist.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte schon am Reichstag einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Verstaatlichung der Schwerindustrie fordert. Wir nehmen an, daß dieser Gesetzentwurf wieder dem Reichstag vorgelegt werden wird. Selbstverständlich darf bei der Verstaatlichung nicht etwa so vorgegangen werden wie bei dem Attentat des Attentats von Gelsenkirchen. Dieses Attentat ist dem bekannten Großindustriellen Blick vom Reichstag weis abgefaßt worden, der weit über den Reichstag hinaus lag und den wahren Wert der Aktien übertrieb. In der Schwerindustrie haben die Arbeiter keinen Anhang. Es ist ganz ausgeschlossen, daß die Verstaatlichung der Anlagen, über die z. B. die Vereinigten Werke AG verfügen, in absehbarer Zeit ausgearbeitet werden können. Ein großer Teil dieser Anlagen ist einfach zu zerstören. Der sozialdemokratische Gesetzentwurf fordert, daß die letzten privatkapitalistischen Eigentümern der industriellen Anlagen nur das als Entschädigung genommen wird, was dem wahren Wert der Anlagen entspricht. Dies ist ein sehr viel weniger als der Betrag, mit dem die Anlagen heute noch zu Buche stehen.

Wahrscheinlich würden die Herren von der Schwerindustrie eine Verstaatlichung ihrer Anlagen nicht so viel einsehen haben, wenn sie dabei ein gutes Geschäft machen könnten, wenn aus dem Säckel der Allgemeinheit für sie der Lohn wiederzugemacht würde, den sie durch ihre im Grunde fahrlässige Wirtschaft herbeigeholt haben. Eine Verstaatlichung unter den von der Sozialdemokratie geforderten Bedingungen werden sie sich mit Händen und Füßen sträuben. Hoffentlich ist es bald möglich, in der Lage eine Entscheidung über den sozialdemokratischen Antrag herbeizuführen. Es wird dann sehr interessant sein, was die Hitler-Leute tun. Werden sie sich doch einer solchen Vorstudie. Stimmen sie dem sozialdemokratischen Vorschlag zu, dann haben sie es gründlich mit den alten Freunden von der Schwerindustrie, wie Hitler und Thälmann, verdrorben. Nehmen sie aber den sozialdemokratischen Gesetzentwurf ab, so wäre das ein nur scheinbarer Beweis dafür, welchen Schwindel sie betreiben, wenn sie sich Sozialisten nennen.

Auf das Bankwesen hat jetzt schon das Reich einen großen Einfluß. Es verfügt bereits über den größten Teil der Aktien der Dresdner Bank, die ehemalige Danabank übernommen hat. Das Reich ist auch bei anderen Großbanken beteiligt, und es hat außerdem schon seit mehreren Jahren in der Reichskreditgesellschaft eine eigene Abteilung. Die in der Reichskreditgesellschaft eine eigene Abteilung. Die in der Reichskreditgesellschaft eine eigene Abteilung. Die in der Reichskreditgesellschaft eine eigene Abteilung.

Um die Futterkrippe

Hinter den Kulissen der neuen Staatsführung - Andrang der rechtsradikalen Parteiuchbeamten - Das Braune Haus berät noch

Die Besprechung zwischen dem Reichskanzler und Hitler, die bereits am Freitag stattfand, wurde, aber von Hitler abgelehnt wurde, ist nunmehr für Sonnabend in Aussicht genommen. Der Reichskanzler hatte bereits am Freitag eine Besprechung mit dem nationalsozialistischen Abw. Gering und dem SS-Führer Himmler, die, wie es heißt, der „Vorbereitung“ der Beratungen mit Hitler galt.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung führt die am Freitag erfolgte Abreise Hitlers an den Reichskanzler darauf zurück, „daß innerhalb der nationalsozialistischen Führung noch keine völlige Klärung erfolgt ist und daß man das Ergebnis der letzten internen Führerbesprechungen abwarten muß“. Der Sozial. Pressebericht schreibt zu dem Spiel der Glauben und Futterkrippen:

In den letzten zwanzig Jahren hat das deutsche Volk viele Regierungskrisen erlebt, viele Minister stürzten und neue kamen. In der Nachkriegszeit des parlamentarischen Staates waren diese Regierungsbildungen nicht immer ein ästhetisches Vergnügen. Jedes Ministerium bedurfte einer parlamentarischen Mehrheit, und die Einflüsse der vielen kleinen und vom Volk in den Reichstag gewählten Splittergruppen mit ihren ebenso vielen Sonderwünschen haben die Zusammenstellung einer Regierungsmehrheit nicht leicht gemacht.

Von all diesen Engen und Werten eines Volkes und seinen im Parlament sich widerspiegelnden und entlagenen geistigen Kräften sollten wir durch eine funktionsgeladene

„Staatsführung“ erfüllt werden. So wurde es feierlich versprochen, als der Herrenklub der Regierung Prüfung hat und die Parone in den Sattel hob. „Präsidentialkabinett“ taufen sie sich, und für vier Jahre wollten sie reiten, unabhängig von den Parteien und deren Willen. Es ist nur die Hälfte von vier Monaten vergangen, und schon befinden wir uns, trotzdem alles anders werden sollte, wieder in einer Regierungskrise.

Schon seit Tagen geht der Handel, ob das Reichskabinett umgebildet oder neugebildet werden soll. Welche Stunden nach all den vielen Wochen mit Ach und Aber das Licht der Welt erblicken wird, wer weiß es heute? Mit dem Empfang Hitlers bei Papen sollte der „Muhhandel“ am Freitag seinen Höhepunkt erreichen. Wer nicht kam, war der Überlose.

Im Braunen Haus zu München weiß man wieder einmal nicht genau, wohin der Weg.

Die Herren tun nach wie vor, als ob sie Deutschland erretten wollten und könnten. Aber die rechte Gelegenheit, was Hitler zu Papen sagen soll, konnte ihm bisher noch nicht eingebläut werden. Dabei sind seine Erzeugel und Propheten und seine himmlischen Heerführer schon seit Tagen um ihn versammelt. In Berlin ist das Trübsal der Arrangen und Wirren nicht geringer. Als noch eine Mehrheit des Reichstages eine Regierung zu bilden hatte und bilden konnte, meldeten die Fraktionen ihre Forderungen an, hinter denen der soziale Wille mehr oder weniger großer Teile der Wähler und des Volkes stand. Wer „Muhhandel“ jetzt? Welche „Interessengruppen“ stehen hinter den Kulissen? Ach, es sind keine